

# MIT-Bundesvorsitzender geht mit Union ins Gericht

## Linnemann in Baden-Baden: Wir ruhen uns auf dem personellen Unterschied aus / „Mangelhaft“ für Groko

**Baden-Baden** (no) – Ordentlich ausgeteilt hat gestern Abend in Baden-Baden der Bundesvorsitzende der CDU-Mittelstandsvereinigung (MIT), Carsten Linnemann.

Bei einer Veranstaltung der MIT Mittelbaden prophezeite der Paderborner Bundestagsabgeordnete seiner Partei den Untergang bei der nächsten Wahl – sollte sie zu sehr auf das Zugpferd Angela Merkel setzen. „Wir ruhen uns auf dem personellen Unterschied aus, statt auf die Unterscheidbarkeit in der Sache zu setzen“, sagte Linnemann. Die MIT arbeite daran, der Union mehr Profil zu verschaffen und

sie wieder als „Markenzeichen“ erkennbar zu machen.

Auch das Thema des Abends („Herausforderung Mittelstand: Warum Deutschland Reformen braucht“), gab dem 37-jährigen Abgeordneten reichlich Gelegenheit, den Regierenden in Berlin die Leviten zu lesen. So verdiene die große Koalition beim Kriterium „Planungssicherheit“ allenfalls ein „Mangelhaft“. Die Wirrungen um die Paternoster-Nutzung und die Arbeitsstättenverordnung dienten dem promovierten Volkswirt als Beleg. Und die Mindestlohn-Bürokratie, etwa was Subunternehmerhaftung und Dokumentations-

pflichten betrifft, sei für die MIT auf schmerzhaft Weise lehrreich: Die Union dürfe künftig keinem Gesetz mehr zustimmen, wenn nicht die Ausführungsverordnung vorliege. Und es sei unabdingbar, dass sie in der nächsten Regierung den Arbeitsminister stelle. Die erforderlichen Nachbesserungen beim Mindestlohn ließen im Übrigen auf sich warten: Bundeskanzlerin Merkel halte da Zusagen nicht ein.

Eine Staaten-Insolvenzordnung, den Abbau des Solidaritätszuschlags („eine Frage der Glaubwürdigkeit“), die Abschaffung der Kfz-Steuer und konsequenter Einsatz für die

Duale Ausbildung nannte Linnemann als weitere nötige „mutige“ Reformen.

Den meisten Mittelständlern, die zu der Veranstaltung ins Friedrichsbad gekommen waren, sprach der Abgeordnete wohl aus dem Herzen. Mit einigen ergänzenden Vorschlägen ließ Baden-Badens Oberbürgermeisterin Margret Merzgen (CDU) aufhorchen: Sie forderte etwa die Rente ab 70 (bei stufenweise reduzierter Arbeitszeit) und Abstriche beim Urlaub. 30 Tage, die der Deutsche im Schnitt habe, seien zu üppig, fünf Tage davon zur persönlichen Weiterbildung zu nutzen, das sei zumutbar.

Die Union dürfe künftig keinem Gesetz mehr zustimmen, wenn nicht die Ausführungsverordnung vorliege. Und es sei unabdingbar, dass sie in der nächsten Regierung den Arbeitsminister stelle. Die erforderlichen Nachbesserungen beim Mindestlohn ließen im Übrigen auf sich warten: Bundeskanzlerin Merkel halte da Zusagen nicht ein.

Eine Staaten-Insolvenzordnung, den Abbau des Solidaritätszuschlags („eine Frage der Glaubwürdigkeit“), die Abschaffung der Kfz-Steuer und konsequenter Einsatz für die

## In Kürze

**Zertifikat:** Sieben Derpart Travel Service (DTS) Reisebüro-Einheiten in Deutschland haben die Zertifizierung für Informationssicherheit ISO 27001 vom TÜV Rheinland erhalten. Damit sind die zertifizierten DTS-Büros, zu denen auch das in Baden-Baden gehört, laut einer Mitteilung der ersten Büros innerhalb einer deutschen Geschäftsreisebüro-Kette, die alle Anforderungen für die höchste IT-Sicherheitskategorie erfüllen. Diese gilt auch für den Geschäftsbe-reich Derpart Incentives & More, der sich auf Tagungen, Incentive-Trips, Kongresse, Messeauftritte und Produkt-einführungen aus einer Hand spezialisiert hat. (red)



Carsten Linnemann. Foto: dpa